

Rede des umweltpolitischen Sprechers

Rainer Deppe

am 12. Juli 2013

Plenum, TOP 9:

Für eine bäuerliche Landwirtschaft – die Chancen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 auf nationaler Ebene nutzen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Herr Sundermann, Sie reden hier über Geld. Wir reden über die Existenz von Landwirten, und wir reden über gesunde und ausreichende Lebensmittel in Deutschland. Das ist die Debatte, die hier geführt werden muss.

Die grünen Agrarminister – und zwar nur die grünen; die G-Länder, wie sich diese Herren selbstbewusst nennen – kritisieren in einer Pressemitteilung vom 28. Juni das Konzept der Bundesregierung zur Umsetzung der GAP-Reform. Aber diese Kritik macht die grünen Vorschläge nicht besser. Ihre Einwände haben Sie heute zu einem Plenarantrag gemacht. Auch das macht die grünen Vorschläge nicht besser.

Aber ich frage mich: Was ist eigentlich mit der SPD? In Nordrhein-Westfalen machen Sie kräftig mit. Aber überall dort, wo die SPD sich noch nicht in die babylonische Gefangenschaft der Grünen begeben hat, vertritt sie eine ganz andere Linie. Ihr Antrag und vor allem Ihr heutiger Redebeitrag, Herr Sundermann, machen wieder einmal deutlich, dass die SPD in Nordrhein-Westfalen in der Umwelt- und in der Agrarpolitik überhaupt nichts Eigenständiges mehr zu melden hat. Als eigenständiger Gesprächspartner ist die SPD vollkommen ausgeschieden. Sie haben alles an die Grünen abgegeben.

Geht es hier eigentlich um nordrhein-westfälische Interessen oder um grüne Parteipolitik? Sie haben es eben erwähnt, Herr Rütze: Statt in Berlin am Verhandlungstisch zu sitzen – was übrigens die grüne Ministerin Frau Höfken gemacht hat –, kann man der Presse entnehmen, dass Herr Rimmel bei diesem lange geplanten Termin nicht dabei war.

In den Plenardebatten in dieser Woche war immer wieder von Verlässlichkeit und Planungssicherheit die Rede. Ich sage Ihnen, auch Landwirte und ihre Familien und die Mitarbeiter haben Anspruch auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Und diesem Anspruch auf Verlässlichkeit wird das Konzept von Bundesministerin Ilse Aigner gerecht. Es ist richtig, die grundsätzliche Aufteilung in die erste und zweite Säule zu erhalten. Es ist richtig, die Greening-Prämie national in einheitlicher Höhe festzulegen. Es ist richtig, in der laufenden Förderperiode zu einer einheitlichen Flächenprämie in ganz Deutschland zu kommen. Es ist richtig, die Junglandwirteförderung mit einem einheitlichen Satz festzulegen. Es ist richtig, die kleineren Betriebe zu unterstützen, indem alle Betriebe für



Es gilt das gesprochene Wort!

die ersten 15 Hektar und die zweiten 15 Hektar eine zusätzliche Prämie erhalten. Es ist richtig, die zweite Säule zu entlasten und die Förderung des Dauergrünlandes in Höhe von 40 € in die erste Säule zu verlagern. Dadurch erhalten die Länder Spielräume bei der zweiten Säule.

Meine Damen und Herren, die Flächenprämien in der ersten Säule sinken mit dieser Förderperiode um 15 %. Die Direktzahlungen machen aber 50 % des Gewinns der landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen aus. Dadurch entsteht schon jetzt ein enormer Druck auf die Einkommen.

Aber SPD und Grüne wollen diese Zahlungen aus der ersten Säule noch weiter absenken. Damit wollen sie die Gewinne der landwirtschaftlichen Betriebe noch weiter angreifen und noch weiter senken. Was das noch mit Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu tun hat, können ja noch nicht einmal Sie selbst erklären.

Dass aber mit dem Druck auf die Einkommen auch der Strukturwandel kräftig angeheizt und weiter beschleunigt wird, ist wohl auch klar, aber das verschweigen Sie hier. Dann kommen Sie mit der zweiten Säule, mit der Zahlung für Agrarumweltmaßnahmen. Sie wissen ganz genau, dass diese nach EU-Recht keine Anreizkomponente in Form einer zusätzlichen Einkommenswirkung haben dürfen. Sie dürfen ausschließlich den Zusatzaufwand und den Minderertrag entschädigen, der mit diesen Maßnahmen verbunden ist.

Bei der Förderung nach Umschichtung in die zweite Säule verschweigen Sie auch, dass Nordrhein-Westfalen der große Verlierer wäre. Sie kennen doch den Verteilungsschlüssel und wissen, dass andere Bundesländer, insbesondere im Osten, je Hektar deutlich mehr aus der zweiten Säule erhalten als Nordrhein-Westfalen.

Und, Herr Remmel, was Ihrem Antrag fehlt – und das gehört wohl an den Anfang jeder Diskussion um eine Umverteilung –, ist Ihre Zusage, dass Sie die Kofinanzierung der Agrarumweltmaßnahmen übernehmen. Die Landwirte befürchten vollkommen zu Recht, dass Sie sich wieder einmal einen schlanken Fuß machen: Sie nehmen das Geld, das die EU für die Landwirtschaft vorgesehen hat, um damit den Landeshaushalt zu entlasten oder dem Minister zusätzliches Spielgeld in die Hand zu geben.

Herr Remmel, die Menschen auf dem Land brauchen keine schönen Fototermine mit Ihnen, bei welchen Touren Sie die auch immer machen, sondern sie brauchen die glasklare Zusicherung, dass die Landesregierung die Kofinanzierung dieser Agrarumweltmaßnahmen in gleichem Umfang, nämlich zu 25 % über die gesamte Förderperiode, übernimmt. Diese Aussage wird von Ihnen erwartet. Solange die nicht da ist, ist Ihr Antrag reine Makulatur und bedeutet Umverteilung zulasten der Landwirtschaft in diesem Lande.